

Vorlage für die Sitzung des Senats am 11.10.2022

„Aufnahme ins Rainbow Cities Network noch nicht erfolgt?“

(Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bremischen Stadtbürgerschaft)

A. Problem

Die Fraktion der FDP hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wann ist nach Bürgerschaftsbeschluss der DS 20/1109 (Protokoll 20/623) gemäß Beschlusspunkt 3 die Aufnahme der Stadtgemeinde Bremen ins Rainbow Cities Network erfolgt und wenn nicht, warum nicht und wie ist der Stand der Umsetzung dieses Beschlusspunktes (Stand 12.07.2022 nicht auf Homepage des Rainbow Cities Network verzeichnet)?
2. Welchen Bedingungen erfüllt Bremen für die Aufnahme in das Rainbow Cities Network und welche Ideen aus dem Netzwerk bereichern zukünftig die Sichtbarkeit der LGBTQI+-Einwohner und tragen zur Verbesserung der Lebensbedingungen bei?
3. Welche Pläne gibt es, den International Day Against Homophobia, Biphobia and Transphobia zukünftig im Austausch mit anderen Städten des Rainbow Cities Network zu gestalten?“

B. Lösung

Auf die genannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Die Aufnahme der Stadtgemeinde Bremen in das Rainbow Cities Network ist bislang nicht erfolgt. Unabhängig vom Beschluss der Bürgerschaft war im Jahr 2020 telefonisch um eine Aufnahme im Rainbow Cities Network angefragt worden. Damals war dies vom Rainbow Cities Network abgelehnt worden, weil die Verwaltung des Netzwerks nicht über ausreichend Personal verfügte, um weitere Mitglieder betreuen zu können. Mittlerweile steht das Netzwerk für Neuaufnahmen wieder zur Verfügung. Der Senat befürwortet einen Beitritt zum Netzwerk und wird nach Klärung der notwendigen Rahmenbedingungen kurzfristig den Antrag zur Aufnahme in das Rainbow Cities Network klären und eine Beschlussvorlage vorbereiten.

Zu Frage 2:

Die Bedingungen für eine Aufnahme sind erfüllt. Der Beitritt erfordert die Darstellung einer LGBTQI Policy. Mit dem seit 2015 vorliegenden „Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ ist dies erfüllt.

Durch die Mitgliedschaft im Netzwerk kann Bremen von den Erfahrungen anderer Länder und Städte profitieren. Alleine das einmal jährlich stattfindende Treffen aller Mitgliedsstädte ermöglicht

den Austausch über best practices und die Chance von und mit anderen zu lernen und sich durch kreative Ideen weiterzuentwickeln.

Gemeinsam mit den anderen Mitgliedsstädten wird unter anderem durch gemeinsame Positionspapiere und Veranstaltungen mehr Sichtbarkeit und Durchsetzungsfähigkeit für die Anliegen der Mitglieder erreicht.

Zu Frage 3:

Anlässlich des International Day Against Homophobia, Biphobia and Transphobia hatte Senatorin Stahmann im Mai 2021 zu Respekt gegenüber Lesben, Schwulen, bisexuellen Menschen und zu Akzeptanz aller Menschen mit nicht-heteronormativem Leben aufgerufen. Bremen leistet hier aktive Unterstützung. Seit 2020 besteht mit dem Queerpolitischen Beirat ein Beratungsgremium für die Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie. Die finanziellen Mittel für den Arbeitsbereich sind zuletzt von 480.000 Euro im Jahr 2020 auf 540.000 Euro im Jahr 2021 gestiegen. Damit konnte unter anderem das Rat-und-Tat-Zentrum für queeres Leben sowie der Verein Trans Recht ihre Beratungsangebote weiter ausbauen.

Durch die Mitgliedschaft im Rainbow Cities Network kann der International Day Against Homophobia, Biphobia and Transphobia künftig für noch mehr Sichtbarkeit genutzt werden. So gibt es jedes Jahr eine Foto-Ausstellung unter einem bestimmten Motto des anlässlich des Tages. Dort werden Beiträge von einzelnen Mitgliedsstädten gezeigt. Daran kann Bremen künftig ebenfalls mitwirken und die Ausstellung in Bremen und digital präsentieren.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Ein möglicher Beitritt hätte finanzielle Auswirkungen in Form einer Jahresgebühr von aktuell 2.000 € sowie personelle Auswirkungen durch die geforderte Vertretung der Mitglieder durch 1-2 Personen aus der Verwaltung bei der Jahreskonferenz.

Gender-Prüfung: das Netzwerk vertritt die Ziele der Gleichstellung und sozialen Inklusion, verbunden mit der Vision, eine diskriminierungsfreie, nachhaltige und lebenswerte Stadt für alle, gleich welchen Geschlechts, welcher Orientierung und Herkunft zu schaffen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Erstellung der Antwort erfolgte unter Beteiligung der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatskanzlei vom 09.10.2022 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde Stadtbürgerschaft zu.